

Breschnews Rückschläge und Erfolge

Autor(en): **Korab, Alexander**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 3: **Einbürgerung der Kunst? : Um ein neues Selbstverständnis der Kritik**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

BRESCHNEWS RÜCKSCHLÄGE UND ERFOLGE

Wenn keine überraschenden Ereignisse in den kommenden Monaten eintreten werden, so hat Leonid Breschnew die bisher schwerste Periode in seiner politischen Karriere überstanden. Im Spätherbst 1968 und im Winter 1969 war das Herrschaftssystem des Nachfolgers Chruschtschew von einer ernsten Krise bedroht. Breschnews Doktrin von einem uneingeschränkten Interventionsrecht in Osteuropa hat eine weltweite Front der Opponenten heraufbeschworen. Die westlichen Regierungen von den USA über Grossbritannien, Frankreich, Bundesrepublik und Italien bis zu den Benelux-Staaten und skandinavischen Ländern, die die Beziehungen mit Moskau nach dem Konzept der friedlichen Koexistenz pflegten, haben nach der Verkündung dieser Doktrin die bisherige diplomatische Taktik einer kritischen Prüfung unterzogen. Für den Kreml entstand die Gefahr, dass alle die Vorteile, die Chruschtschew seinem Rivalen überlassen hatte, verschwinden werden. Auch im Ostblock hat die Selbstentlarvung der imperialistischen Triebkräfte und Zielsetzungen der sowjetischen Politik ungeachtet der servilen Loyalitätserklärungen der meisten Machthaber die traditionelle antirussische Atmosphäre verdichtet.

Auch die meisten westeuropäischen Kommunisten haben sich mehr oder weniger scharf gegen das Konzept Breschnews ausgesprochen. Rotchina, das bis dahin durch die Kulturrevolution erschüttert wurde, entschloss sich in kürzester Zeit, die innere Lage zu stabilisieren, um eine neue Offensive gegen Moskau zu entfesseln. Das titoistische Jugoslawien hat gleich nach dem Überfall auf die CSSR eine schroffe anti-sowjetische Position bezogen.

Gefahr der Isolierung

Statt des erhofften Macht- und Prestigezuwachs trat eine entgegengesetzte Erscheinung des Autoritäts- und Vertrauensschwundes ein. Der Kreml hat die Gefahr einer Isolierung konstatiert. Auch die Entwicklung der wichtigsten beiden Krisenherde – Vietnam und der Nahe Osten – nahm eine Richtung an, die vom Standpunkt der sowjetischen Interessen wenig Erfreuliches enthielt. Durch den Start der Pariser Dreier-Verhandlungen (USA, Saigoner Regime, Vietkong) wurde der sowjetische Einfluss auf den Gang der Ereignisse in Südostasien weitgehend reduziert. Arabische Nationalisten wiederum erblickten in der sowjetischen Intervention gegen die CSSR eine grosse Chance für die Ankurbelung einer militanten und auf eine Kollision ausgehenden Guerilla-Taktik, wodurch sich für Moskau das Risiko eines indirekten Hineinschlitterns in einen neuen Krieg im Nahen Osten erhöhte.

Breschnew hat noch auf dem polnischen kommunistischen Parteitag und auf der Kundgebung in einer Warschauer Fabrik Mitte November 1968 die imperialistische Grossmachtpolitik seines Regimes nochmals mit allem Nachdruck bestätigt. Darauf folgte überall in der Welt ein höchst negatives Echo, das die Kluft zwischen Wollen und Können einer derart schroffen Erpressungstaktik noch schärfer als bisher erscheinen liess. Vielleicht wären diese unangenehmen Folgen der arroganten Herausforderung für Breschnew und seine Clique nicht so gravierend gewesen, hätte sie die tschechoslowakische Krise schnell und wirksam lösen können. Aber die ganze Ent-

wicklung im Herbst und zu Anfang des Winters hat das Gegenteil gebracht. Der passive Widerstand der Tschechen und Slowaken hat tiefe Wurzeln geschlagen. Auf einmal stand Moskau vor einem neuen Phänomen: In Prag verbreitete sich die oppositionelle Basis gegen die Wiederkehr eines stalinistischen Systems von den bisherigen Trägern, den Intellektuellen, Studenten und dem Reformflügel in der kommunistischen Partei, auf die breiten Massen der Arbeiterschaft, wobei die Gewerkschaften nunmehr die Führungsspitze der Opposition bildeten. Breschnews Versuch, diesen Prozess durch den Druck auf das Dubcek-Regime zu bremsen, der im November bei den Verhandlungen in Kiew unternommen wurde, versandete in wenigen Wochen. Nunmehr setzte im Kreml eine Kritik an den Methoden des Parteichefs ein, dem politische Indolenz, Kurzsichtigkeit, Konzeptionslosigkeit und Ähnliches vorgehalten wurde. Die Militärs machten geltend, dass sie die bewaffnete Intervention exakt und vorbildlich realisierten, aber die politische Führung habe versagt. Anscheinend kam es auch zu Spannungen zwischen der Parteibürokratie Breschnews und der Regierungsbürokratie Kossygin. Aus einigen Symptomen konnte man die Schlussfolgerung ziehen, dass der internationale Apparat Suslows und die Gruppe der Jungtürken unter Schelepin ebenfalls den Parteichef – wenn auch aus verschiedenen Motiven – bedrängten. Suslow sah die verheerenden Folgen der Breschnew-Doktrin im internationalen Kommunismus, Schelepin intrigierte gegen den Chef zu Hause und im Ausland, um so die Position Breschnews zu schwächen. Inmitten dieser Auseinandersetzungen fielen die Pistolenschüsse des Attentäters Ende Januar vor den Kremletoren. Sie bedeuteten einerseits ein Memento für Breschnew, andererseits aber brachten sie auch eine Ernüchterung im inneren Zwist, denn auf einmal erkannte die ganze Spitze der herrschenden neuen Klasse, dass sie es mit einer radikalen Opposition zu tun habe, die nicht einmal mehr vor dem Terror zurückschreckt.

Gegenoffensive Breschnews

Der Generalsekretär der Partei entschloss sich zu handeln. Zuerst zog er nacheinander die Verbündeten aus Osteuropa zu Rate: Kadar, Gomulka, Ulbricht und Schiwkoff. Aus diesen Beratungen entstand der Gedanke eines taktischen Rückzugs, mit dem die drohende Isolierung gebannt und der verloren gegangene diplomatische Spielraum zurückgewonnen werden sollte. Die Vorzeichen der neuen Taktik traten anlässlich der vorher vom Kreml vom propagandistischen Sperrfeuer bedrohten Wahl des westdeutschen Staatsoberhauptes in Westberlin zutage. Die Sowjetunion liess die Drohungen zu Gunsten einer weichen Taktik fallen. Gleichzeitig wurden dem neuen amerikanischen Präsidenten Nixon Beschwichtigungsgesten und Offerten für die Erneuerung des Dialogs auf der Grundlage des Status quo unterbreitet.

In die Neubeginnende Phase der friedlichen Koexistenztaktik platzte der sowjetisch-chinesische Konflikt am Fluss Ussuri. Der Hintergrund dieser Affäre ist bis zum heutigen Tage ungeklärt. Zwei Thesen stehen sich gegenüber: Vielleicht befürchteten die Chinesen, dass die Sowjets aufgrund der falschen Informationen eine Berlinkrise mit Erfolg durchsetzen und einen Zuwachs an Macht und Prestige gewinnen würden. Aus einer solchen Prämisse heraus hätte Mao Tse-tung ein Interesse daran gehabt, durch eine Provokation die Sowjets als Angreifer anzuprangern. Die andere Version lautet, dass Breschnew seinen Grenztruppen, die nicht den Militärs, sondern dem Polizeiministerium unterstellt sind, die Anweisung zur Entfesselung eines Grenzkonfliktes gab, um zweierlei zu erreichen: Ablenkung von den Vorgängen in Berlin, wo die Bundespräsidentenwahl vor sich ging, und folglich auch vom Vorwurf der Passivität der Sowjets auf den Zugangswegen; zum zweiten aber, und das dürfte noch schwerwiegender sein, die eigene Bevölkerung für einen solidarischen Widerstandsgeist gegen die «chinesischen Aggressoren» zu gewinnen. Die Entfesselung der

antichinesischen Hetze mit dem gleichzeitigen Appell an die nationalistischen und chauvinistischen Emotionen der Russen hat sich nämlich in den nachfolgenden Wochen und Monaten als ein brauchbares Mittel für die Stärkung der Autorität Breschnews erwiesen. Für jedermann ist auf diese Weise sozusagen klar geworden, dass man in der Stunde der Bedrohung seitens der «gelben Feinde» die Kontinuität der Macht unter allen Umständen wahren muss.

Unmittelbar danach hat Breschnew seine taktischen Fähigkeiten bewiesen, indem er die Budapester Konferenz des Warschauer Paktes veranstaltete. Damit hat er nicht nur die Vorwürfe seiner Kritiker entkräftet, dass er nichts unternahme, um die antisowjetische Front der westlichen Imperialisten, tschechoslowakischen und jugoslawischen Revisionisten sowie der rumänischen Nationalisten zu sprengen. Er hat der westlichen Diplomatie einen Köder zugeworfen, an dem die nach dem Überfall auf die CSSR entstehende Abwehrfront des Westens binnen kurzer Zeit zerbrach. Hinter dem diplomatischen Rauchsleier der Budapester Offerte für eine europäische Sicherheitskonferenz gelang es Breschnew, endlich die zweite Abwürgung der Tschechoslowakei zu wagen, über die der gesamte Westen einige Krokodilstränen verlor und dann zur Tagesordnung im Sinne der friedlichen Koexistenz mit dem Kreml überging.

Neue Vorstöße und Erfolge

Auf der Basis der gelungenen Operationen ist Breschnew an neue Aufgaben herangegangen, die dazu bestimmt sind, seine Autorität in der sowjetischen Hierarchie und unter den kommunistischen Klienten im Ausland zu festigen. Er wagte sogar, die machthungrigen Militärs in ihrem Appetit zu zügeln. Solange Breschnew die Generalität als Verbündeten brauchte, räumte er ihr immer neue Konzessionen und ein gewisses Mitspracherecht in den politischen Angelegenheiten ein. Daraus ergaben sich je-

doch Gegensätze, die die allgemeinen Fragen der Aussenpolitik, Sicherheitsprobleme und strategisch-politische Fragen betrafen. Die Generalität hat offenbar nicht nur ihre Zweifel an den politischen Fähigkeiten Breschnews im Falle der Tschechoslowakei angemeldet, sondern sie hat ihre Bedenken gegenüber dem Engagement im Nahen Osten und der Fahrlässigkeit bei der Sicherung der langen Grenze zu China geäußert. Vermutlich hat Breschnew durch seine Mittelsleute Meldungen über den drohenden Bonapartismus in den Westen lancieren lassen. Als diese Berichte dann zu einer Lawine wurden, hat der Parteiapparat eine politische Operation durchgeführt. Es erfolgte ein Schlag gegen die Ansprüche der Armee, von dem die Aussenwelt bisher nur einen Bruchteil erfuhr. Die fortdauernde Serie von Todesnachrichten aus der Führungsgruppe der Roten Armee hat von Ende April bis Mitte Mai ahnen lassen, dass sich hinter den Kremldauern eine dramatische Auseinandersetzung abgespielt hat. Breschnew gelang es, von den wichtigsten Armeeführern wie den Marschällen Gertschko, Jakubowski, Jeremenko, dem Chef des Generalstabes Sacharow und vielen anderen Kommandeuren aller Waffengattungen anlässlich des Jahrestages des Sieges über Deutschland Loyalitätserklärungen zu erhalten, in denen die absolute Anerkennung des Primats der Partei ausgedrückt wurde. Um diesen Vorsprung noch deutlicher zu machen, hat Breschnew die traditionelle Militärparade am 1. Mai annulliert und anstelle der üblichen Rede des Verteidigungsministers selbst zum Volk gesprochen. Vorteilhaft sind für Breschnew die Abmachungen Ostdeutschlands mit dem Irak und Kambodscha. Der Kremelherrscher kann das auch für sein Konto buchen. Was Chruschtschew trotz allen Bemühungen nicht gelang, ist nunmehr unter Breschnew in zwei Fällen eingetreten: Die diplomatische Blockade der DDR ist durchbrochen worden. Damit kann Leonid Breschnew den Kritikern über die Stagnation der sowjetischen Deutschlandpolitik erfolgreich begegnen. Dies sind auch kleine

Mosaiksteine für die mit grossem Eifer vorbereitete kommunistische Weltkonferenz, die Anfang Juni in Moskau zusammentreten soll. Dazu gehört auch ein geschicktes Taktieren der sowjetischen Parteizentrale im inneren Streit der beiden finnischen kommunistischen Gruppen. Moskau hat sich gegenüber dem Konkurrenzkampf der Orthodoxen und Modernisten in Helsinki neutral verhalten. Das nützt der Propaganda Breschnews für die Einberufung des

Welttreffens. Auch die Beschwichtigungen gegenüber Rotchina, vor allem die wiederholten Verhandlungsofferten zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten, soll demselben Ziel dienen. Breschnew braucht die terminmässige Eröffnung dieser Konferenz, denn sie soll die Konsolidierung seines vorübergehend erschütterten Regimes krönen.

Alexander Korab

FRANKREICH OHNE DE GAULLE

Das bruske Ende der Herrschaft Präsident de Gaulles, durch den General selber provoziert, bedeutet eine Zäsur nicht nur in der politischen Entwicklung Frankreichs und Europas, sondern der ganzen Welt. Zwar sind die befürchteten oder erhofften Änderungen nach dem Wechsel im Elysée bisher nicht eingetreten. Das so oft und bis zum Überdross beschworene drohende *Chaos*, das einem Rücktritt de Gaulles unmittelbar folgen werde, ist nicht gekommen. Frankreich hat sich in nüchterner Weise mit der neuen Situation abgefunden. Die notwendigen Übergangsmassnahmen sind, wie in der Verfassung vorgesehen, eingeleitet worden. Nur ein einziger Minister, *René Capitant*, hat aus Solidarität mit de Gaulle seine Demission eingereicht. Das ganze übrige Kabinett ist – vorläufig wenigstens – im Amt geblieben. Die Kontinuität bis zur Neuwahl des Präsidenten ist damit gewährleistet.

Symbol der französischen Nation

Die ruhige Atmosphäre, in der sich die Überleitung zur *Ära nach de Gaulle* vollzog, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in Frankreich gegenwärtig ein *Umbruch* vollzieht, dessen Fernwirkungen noch nicht abzusehen sind. Fast dreissig Jahre lang hat die Nation – einmal stärker, einmal schwächer – im Banne de Gaulles gestanden. Seit am 18. Juni 1940 aus London der Appell erklungen war, trotz der ver-

lorenen Schlacht um Frankreich den Krieg selber nicht verloren zu geben, war de Gaulle in den dunkelsten Stunden der Besetzungszeit die Hoffnung für ein erneuertes Frankreich geblieben. Die Befreiung brachte im Jahre 1944 den Triumph des Glaubens an die eigene Sache, zugleich aber die ersten Enttäuschungen, als die Kluft zwischen Ideal und Realität sichtbar wurde. General de Gaulle, nunmehr Ministerpräsident, hat sich auch damals der vermeintlichen Wirklichkeit nicht gebeugt, sondern die Konsequenzen gezogen und sein Amt niedergelegt, als Frankreich Wege einschlug, die seinen eigenen Vorstellungen zuwiderliefen.

Nach zwölf Jahren selbstgewählten inneren Exiles kehrte er im Juni 1958 an die Macht zurück, als die Vierte Republik über der *Algerienfrage* in den Abgrund stolperte. De Gaulle schuf nun ein neues Frankreich mit einer Verfassung nach eigenem Zuschnitt, eine halbautoritäre Präsidialrepublik, in der das Staatsoberhaupt in seinen Entscheiden nur seinem eigenen Gewissen und der Nation gegenüber verpflichtet war, die von Zeit zu Zeit in einem Referendum zur Meinungsäusserung aufgerufen wurde. De Gaulle repräsentierte und symbolisierte zugleich Frankreich.

Erneuerung des Grossmachtsanspruches

Diese innenpolitische Basis erwies sich als tragfähig genug, um selbst Entscheide zu